

Auszug

aus der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
am 14.12.2020 im Kulturmuschel im Stadtgarten des Brückenkopf-Parks Jülich

17. Beitritt der Stadt Jülich zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“
(Vorlagen-Nr.321/2020)

Dezernentin Vogel stellt das Bündnis „Städte sicherer Häfen“ vor, beschreibt die schwierige Situation der Geflüchteten und führt aus, welche Gründe für einen Beitritt der Stadt Jülich sprechen.

Beschluss:

Mehrheitlich dafür

Der Rat beschließt:

- Die Stadt Jülich tritt dem Bündnis der Städte sicherer Häfen bei. Sie erklärt sich somit zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen.
- Die Stadt Jülich ist bereit, geflüchtete Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, zusätzlich zur bestehenden Aufnahmeverpflichtung aufzunehmen. Der Bürgermeister wird diese Bereitschaft der Bundesregierung mitteilen und anbieten. Der Bürgermeister wird dabei gegenüber der Bundes- und Landesregierung klarstellen, dass diese Bereitschaft mit der Erwartung verbunden ist, endlich für eine transparente und gerechte Verteilung aller Geflüchteter auf die Kommunen Sorge zu tragen.
- Die Stadt Jülich appelliert an die Bundes- und Landesregierung, sich verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen, für sichere Fluchtwege und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen.
- Die Bundesregierung und der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat werden aufgefordert, die Angebote der Kommunen für direkte Hilfen endlich anzunehmen und die aufnahmewilligen Kommunen zu unterstützen und die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.
- Aufgrund der seit Monaten sich erheblich manifestierenden humanitären Katastrophe in den griechischen Flüchtlingslagern (bedingt durch Überfüllung, Bedrohung durch COVID-19-Masseninfektionen, sehr schlechte medizinische Versorgung und durch jüngste Ereignisse wie Brände und witterungsbedingte Überschwemmungen) bittet der Rat die Stadt Jülich, der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister anzubieten, besonders hilfsbedürftige Personen in prekären humanitären Situationen in Auffanglagern zusätzlich aufzunehmen.
- Für die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) und sehr kranken Kindern ist ausschließlich der Kreis Düren zuständig. Die Stadt Jülich unterstützt den Kreis Düren dabei vor Ort im Rahmen der guten Zusammenarbeit.

